

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 5.

Berlin, den 29. April 1917.

12. Jahrgang.

Im Mai.

Aus der Erde Schoß an das goldne Licht
Drängt sich alles hervor, nur die Toten nicht;
Doch laß sie! und dent, wie die Träne auch rinnt:
Nicht alle sind tot, die begraben sind!

Nicht alle sind tot, die nicht auferstehn,
Wenn die Lüfte wieder gelinde wehn,
Und die Zeit der Lieder und Rosen beginnt;
Nicht alle sind tot, die begraben sind.

Nicht alle sind tot, die der Rajen deckt,
Kein Ostergeläute zum Leben erweckt,
Kein Pfingstgeläute durch Wald und Flur;
Nicht alle sind tot, sie schlummern nur.

Nicht alle sind tot, ob auch immerhin
Vergebens die Sonne ihr Grab beschien;
Nicht Vater noch Mutter, noch gar ein Kind!
Nicht alle sind tot, die begraben sind.

Nicht alle sind tot, deren Hügel sich hebt!
Wir lieben, und was wir geliebt, das lebt,
Das lebt, bis uns selber das Leben zerrinnt;
Nicht alle sind tot, die begraben sind.

Und du auch, o Freiheit, auch du bist nicht tot,
Du schlummerst entgegen dem Morgenrot,
Doch leiß' durch die Zweige schon rauselt der Wind;
Nicht alle sind tot, die begraben sind.

Stolke.

Klassenkämpfer.

„Die Partei bleibt, was sie ist und was sie war, die alte sozialdemokratische Partei des kämpfenden Proletariats, die Partei des Klassenkampfes.“ Also sprach der derzeitige Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herr Ebert, am 18. April. An diesem und am folgenden Tage fand nämlich eine Sitzung des Parteiausschusses statt, der über die Tagung der Opposition in Gotha und über die Folgeerscheinungen und Fernwirkungen der russischen Revolution sein regierungsozialistisches „Gutachten“ abzugeben hatte. Die Protokolle über die Kriegstagungen dieser erlesenen Körperschaft sind eine kostbare Fundgrube zur Beurteilung der Kriegspolitik der offiziellen Sozialdemokraten. Es sind Schätze darin aufgespeichert, die an den kommenden Tagen ungehinderter Abrechnung ein reiches Material zur Anklage und Kritik gegen die fünf Duzend „Klassenkämpfer“ liefern werden, die während der Weltkatastrophe die proletarischen Lebensinteressen an den mörderischen Sichelwagen der kriegerischen Gewalten spannten. Besonders denkwürdig wird aber die Tagung des Parteiausschusses vom 18. und 19. April 1917 sein, denn sie hat die Krönung der Politik gebracht, die im Innern der deutschen Arbeiterbewegung zur Organisationszertrümmerung führte, nach außen der Kriegsfurie drei Jahre und vielleicht noch länger ein fesselloses Rajen ermöglichte und eine Friedensarbeit zeitigte, die infolge ihrer Unehrllichkeit, Inkonsequenz und Schwäche zur Unfruchtbarkeit verdammt war.

In den Apriltagen waren die regierungsozialistischen „Klassenkämpfer“ so gut wie vollständig unter sich, und was auf der Tagung gesprochen wurde, waren mit verschwindend wenig Ausnahmen Bekenntnisse gleichgestimmter Seelen. Aber sie nennen sich stolz mit Herrn Ebert Vorkämpfer des kämpfenden Proletariats. Eine bunte Gesellschaft, diese regierungsozialistischen Klassenkämpfer. In ihrem Lager stehen Sozialdemokraten, denen ihr „Klassenkampf“ Verdienstkreuze und fürstliche Orden eingetragen hat. Wieder andere, wie ein Südekum, Koske usw., durstten in direktem oder indirektem Auftrage der Regierung im Auslande oder in den besetzten Gebieten ihre Diplomatenkünste zu entfalten.

haben sich im Kriegsüberschwang mit notorischen Arbeiterfeinden zusammengetan und haben schöne Harmoniebücher geschrieben. Andere haben den Klassenkampf in den molligen Klubesseln der „Gesellschaft 1914“ geführt in inniger Bundesbrüderschaft mit Schwerindustriellen, Bankgrößen und alldeutschen Propheten der gepanzerten Faust. Zu diesen „Klassenkämpfern“ gehört ein Heinrich Schulz, der im Auftrage einer bürgerlichen Kommunalbehörde eine Werberede für die Kriegsanleihe hielt. Die Schönheitsgalerie dieser „proletarischen Klassenkämpfer“ ließe sich noch beliebig vergrößern bis in die letzten erregten Tage hinein, an denen — um in der Sprache des Stampfer-„Vorwärts“ zu reden — „dunkle Mächenschaften“ der regierungsozialistischen und gewerkschaftlichen „Klassenkämpfer“ auf Schritt und Tritt in Erscheinung traten, denen nachzuspüren und die aufzudecken der Zeit nach dem Belagerungszustande vorbehalten bleiben muß. Alle diese Herren des „kämpfenden Proletariats“, alle die Herren, die Programm, Beschlüsse und Geist der „alten sozialdemokratischen Partei“ über Bord geworfen haben, oder wie ein Kolb, Cohen, Voetsch usw. über Bord zu werfen dringend empfehlen, bilden die Elitetruppe des Herrn Ebert und die siebenmal gestiebten Mitglieder des Parteiausschusses stimmen mit grossem Ernst dieser Klassenkampf-Deklamation zu.

Zimmerhin muß zugestanden werden, daß auch energische Kampfesstimmung in dieser Apriltagung des Parteiausschusses zu finden war. Sie äußerte sich in einem wütenden Trommelfeuer gegen die Opposition, die sich in Gotha unabhängig machen mußte von den regierungsozialistischen Propheten der „heiligen Einigkeit“ und der vaterländischen Phrase. Denn deren Kampfesenergie hat sich im ganzen Kriegsverlaufe nur gewendet gegen die proletarischen Schichten und Parteigenossen, die aus einer höheren Auffassung vom „Vaterlande“ und aus brennender Sorge um Leben und Zukunft ihrer Volksgenossen heraus eine entschieden sozialistische und demokratische Politik nach innen wie nach außen erstrebten und gleiches Streben im feindlichen Auslande fördern wollten. Nur mit bitterer Ironie kann man jetzt wahrnehmen, daß heute die regierungsozialistischen Friedensarien Lüne aufweisen, die den Friedenskundgebungen der Opposition entlehnt sind und die noch vor Monaten von denselben Leuten bekämpft wurden, die heute mit Pathos von der Regierung Bekenntnisaufgabe der Kriegsziele, Verzicht auf Annexionen usw. verlangen. Die Herren brauchen sich wirklich nicht zu wundern, wenn ihnen angefangen einer solchen Unklarheit und Inkonsistenz die Regierung einen kalten Wasserstrahl nach dem andern verabsolgt, daß die pompöse Friedenskundgebung des Parteiausschusses vom 19. April, die als Quintessenz eines Referates von Scheidemann beschlossen wurde, am 24. April von der Regierung gründlich abgeschüttelt wurde und zwar mit Argumenten, die die regierungsozialistischen Wortführer und Artiletschreiber jahrelang gegen das Friedensdrängen der Opposition ins Feld geführt haben. Und da wollen diese „Klassenkämpfer“ den deutschen Arbeitern einreden, daß einzig und allein ihre geniale Friedensarbeit im feindlichen und neutralen Auslande, besonders aber bei den russischen Freiheitskämpfern auf empfänglichen Boden falle.

Gerade die wüste Heze, die auf der Tagung des Parteiausschusses den scheidemännlichen Friedensirraden vorausging, wird in einsichtigen Parteikreisen des Auslandes die regierungsozialistische Friedensaktion noch mehr in Mißkredit bringen, als sie es ohnehin schon war. Denn diese Heze, zu der Herr Ebert den Auftakt gab, spielte in einer fortgesetzten Attade gegen die „Gleichheit“ und „Neue Zeit“. Jede Leuchte des Parteiausschusses hielt sich verpflichtet, der Genossin Zetkin nach dem Genossen Kautsky besonders kräf-

tigen Eselsfußtritt zu versetzen. Die Parteivorstandsherren aber hörten befriedigt lächelnd zu. Die Rollen waren gut verteilt und die Komödianten reagierten prompt auf das Stichwort. Jetzt hat der Parteivorstand Vollmacht, unter Berufung auf den proletarischen Massenunwillen, den die Getreuen des Parteiausschusses mimen mußten, den Redaktionen der beiden Zeitschriften die Kehle zuzuschneiden, was ihm nicht schwer fallen wird, da er im Abmurtfen unliebsamer Redaktionen erhebliche Gewandtheit erworben hat. Aber die Namen der Genossin Zetkin und des Genossen Kautsky haben in den sozialistischen Kreisen des Auslandes einen guten Klang, nicht zuletzt bei den russischen Sozialdemokraten. Sie gelten dort mit Recht, mag man in Einzelfragen und über Einzelvorgänge denken wie man will, als ehrliche Vorkämpfer des internationalen Sozialismus und einer entschieden proletarischen Friedenspolitik. Den Genossen des Auslandes bleibt doch nicht unbekannt, daß dieselben Leute, die mit dem gleichen Atemzuge einen Friedensaufruf in die Welt setzten, auch das „Kreuziget sie“ gegen eine Klara Zetkin und einen Karl Kautsky treiben. Die Sozialisten im russischen Arbeiter- und Soldaterrat, die sicherlich den beiden von der Ebertmeute Gehezeiten mehr Wissen und internationales Pflichtgefühl verdanken als einem Beims, Löbe, Wels, Braune tutti quanti, werden sich ihren eigenen Bers auf die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit des Friedensmanifestes des Parteiausschusses machen. Und ihre Miljutows haben massenhaft Material, den Friedenswillen des russischen Proletariats mit Äußerungen deutscher Regierungsozialisten zu bekämpfen. Und genau so liegen die Dinge in den anderen Ländern. Die deutschen Arbeiter müssen sich schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß alle noch so wortreichen Friedensdeklamationen und noch so schönen Friedensmanifeste unserer Regierungsozialisten im Auslande kein Echo finden können. Sie haben sich also im eigenen Interesse von diesen unzuverlässigen Sachwaltern des Friedens unabhängig zu machen, um so mehr, als sie sich auch auf allen Gebieten des innerpolitischen Lebens unzuverlässig und schwächlich erwiesen haben. Sie können jetzt nur mit einem Schein von Stärke auftreten, weil ihres Wirkens Stütze zurzeit der Belagerungszustand mit all seinen, die oppositionelle Kritik und die Lebensäußerungen der proletarischen Masse knebelnden Begleitererscheinungen ist.

Als ein Zeichen trügerischer Stärke ist auch der regierungsozialistische Parteitag zu betrachten, den im Kriege abzuhalten der Parteiausschuß beschlossen hat. Die Herrschaften können sich das jetzt leisten. Die Mahner und Dränger der Opposition haben sie jetzt glücklich aus der Partei hinausgewimmelt. Und wenn auch große Organisationsgruppen der alten Partei auf diesem Rumpfsparteitage nicht vertreten sein werden, so werden die geschickten Regiekünstler schon dafür sorgen, daß die Tagung den gewinnlichsten Reflektanzstrich erhält. Vorstand und Fraktion werden eine ergebene Mehrheit finden, die ihnen für ihre Kriegssünden Absolution erteilt, und der lendenlahme regierungsozialistische Klassenkampf wird zu ein paar Paradeprüngen aufgepeitscht werden, im übrigen aber werden die Diplomaten und Umlerner Vollmacht erhalten, in Ministervorzimmer, an Klub- und Kaffeehaustischen, in Bureaukatentkonventikeln und bürgerlichen Zeitungsredaktionen das kämpfende Proletariat zu markieren. Und vielleicht darf der eine oder andere von ihnen auf einem gepolsterten Plak des Regierungskarens Platz nehmen, nachdem er während der Kriegsjahre besagten Karren im Schweisse seines Angesichts mit hat schieben helfen. Das parlamentarische Regime, das sie in Gemeinschaft mit nationalliberalen Schwerindustriellen und freisinnigen Bankkapitalisten erstreben, leuchtet ja wie eine Tata morgana vor ihnen. Mit

Feuerfieber gehen sie an die Vorarbeit, die der Verfassungsausschuss des Reichstages leisten soll und die Namen der Herren, die sie in diesen Ausschuss hineinsenden, bedeuten ein festumrissenes Programm. Es sind die Herren Dr. David, Dr. Gradnauer, Heine und Landsberg. Den Vorsitz des Ausschusses aber wird — wie könnte es auch anders sein — Herr Scheidemann führen. Also die entschiedensten Verfechter einer sozialreformerischen und nationalsozialen Neuorientierung der Sozialdemokratie werden den proletarischen Klassenkampf, von dem Herr Ebert sprach, in die Tat umsetzen.

Wir sind leider nicht in der Lage, unseren Lesern einen ausführlichen Bericht über die denkwürdige Tagung der Ebertschen Klassenkämpfer zu geben. Zur Aufklärung über den wahren Charakter der konsequenten Parteispalter und inkonsequenten Klassenkampf- und Friedensdeklamatoren würde das sehr viel beitragen. Wir sind die letzten, die den proletarischen Klassenkampf im Heugabelnne und nach Batuninschen Butschtheorien aufzufassen. Noch weniger Verständnis aber haben wir für einen „Klassenkampf“ der Ebert-Gefolgenschaft, der letzten Endes auf die Staatsmannskünste einiger gottbegnadeter Führer hinausläuft und die proletarischen Massen nur insoweit gelten läßt, als sie bei Wahlen durch ihre Stimmabgabe diesen Führern in den Sattel helfen, in den Organisationslisten als zahlende Statisten figurieren und in Paradeversammlungen Bravo rufen, wenn ein olympischer Klassenkämpfer Ebertscher Kulör sein Licht über das Volk leuchten läßt. Wir wissen, daß die komplizierte und hochorganisierte Struktur der modernen kapitalistischen Gesellschaft, die in der gigantischen Organisation und Technik der Millionenheere des Weltkrieges ihre unheilvolle Krönung gefunden hat, einen vielartiger-elastischen, auf allen Kampfgebieten anwendbaren und hochorganisierten proletarischen Klassenkampf notwendig macht. Da genügt nicht die parlamentarische Tribüne und das Kassenzimmer des Gewerkschaftsbeamten, da müssen die Führer die Lebensregungen der Masse und deren Nöte verstehen und die Massen Vertrauen zu diesen Führern haben können. Alles Faktieren und Lavieren, alles Kompromittieren mit Gewalt, in denen das Proletariat seine Gegner erblicken muß, untergräbt das Vertrauen der Massen. Gesellt sich aber zu dieser unproletarischen Strategie noch eine undemokratische Gewaltpolitik, wie sie unter Eberts Führung seit Jahr und Tag in der großen sozialdemokratischen Partei herrschte, so geht dieses Vertrauen erst recht zum Teufel. Das Schwert des Klassenkampfes, das drei Jahre lang im burgfriedlichen Winkel gestanden hat und rostig und schartig geworden ist, wird nicht dadurch zu einem schneidigen Flambert, daß Herr Ebert ein paar Lusthiebe damit macht. Wir, und das gilt für die ganze u n a b h ä n g i g e sozialdemokratische Partei Deutschlands, wollen des von Friedrich Engels mahnend an das Proletariat gerichteten Spruches des alten Hildebrandliedes eingedenk sein: Mit dem Gere (Speer) sollst du die Gaben empfangen, Spitze gegen Spitze!

Monarchistische Neuorientierung.

In denselben Tagen, als der Gesandte des Königs von Bulgarien in einem lehrswürdigen Artikel des Berliner Tageblatts die Vorzüge einer russischen Republik auseinandersetzte, reichte das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie der Monarchie in Deutschland die Hand zum Frieden. Bei der Rolle, die der „Vorwärts“ von heute trotz seines Untertitels innerhalb der Partei spielt, und nach den mannigfaltigen tragikomischen Sprüngen, mit denen er unter der jetzigen Redaktion die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, könnte man auch über diese neueste Leistung mit einem Achselzucken hinweggehen, wenn nicht die Geste selbst, wie die Art ihrer Begründung einen wertvollen Einblick in die Geistesverfassung der „Mehrheit“ eröffneten und gleichzeitig die Tiefe der Kluft erkennen ließen, die sich allmählich zwischen ihr und dem Sozialismus der vorkriegs-zeit aufgetan hat.

Vor kurzem setzte Wolfgang Heine in einem der zahlreichen Umlernbekenntnisse, die er vor einem bürgerlichen Lesepublikum abzugeben pflegt, auseinander, daß die Partei, die im Staate Einfluß gewinnen wolle, zu Unerhörtem bereit sein müsse, und während nun das russische Proletariat die Revolution wagt, entwickelt die offizielle Sozialdemokratie in Deutschland — ganz im Sinne Heines — den unerhörten Opfermut, den alten

Klassenstandpunkt aufzugeben und ihre Anpassung an die bürgerliche Welt zu vollziehen. Um den Schatz an Vertrauen, den sie sich durch ihr Verhalten im Kriege bei der Regierung und den Liberalen erworben hat, zu vergrößern, wirft sie ohne Besinnen Grundätze über Bord, die, ob nun durch das Erfurter Programm besonders geheiligt oder nicht, jedenfalls zu dem geistigen Wesen der Sozialdemokratie gehören und mit ihrer allgemeinen Weltanschauung untrennbar verbunden sind. Man will vom Scheintstitutionalismus zum Parlamentarismus, also zu der dem Kapitalismus entsprechenden Staatsform gelangen, und um der Bourgeoisie den nötigen Mut zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele einzusößen, gibt man einen ausdrücklichen Verzicht auf weitergehende Forderungen zu Protokoll. Damit hat sich die Sozialdemokratie zu jener Staatskunst bekehrt, deretwegen sie ehemals den deutschen Liberalismus dem Gespött der ganzen Welt überließerte.

Wie sehr dem „Vorwärts“ die Feststellung der Bescheidenheit seiner Freunde am Herzen lag und für wie dringend er sie hielt, geht aus der Wichtigkeit des Anlasses hervor, den er in gewissen russischen Stimmen und besonders in einer angeblichen Äußerung des Genossen Tschaidse findet. Er glaubt unter Hinweis auf sie noch einmal mit allem Nachdruck betonen zu müssen, das deutsche Volk lasse sich nicht durch äußere Gewalt zu einer Aenderung des Systems bestimmen, nach dem es regiert werde.

Eine solche Ablehnung fremder Einmischung war in den letzten drei Jahren sicher oft genug angebracht — wenn auch nicht im Munde von Leuten, die durch einen Krieg das russische Volk vom Zarismus befreien oder den unterdrückten Nationalitäten innerhalb des russischen Reiches zu ihrer Selbstständigkeit verhelfen wollten —, im vorliegenden Fall aber hat sie gar keinen Sinn.

Man beruft sich darauf, den russischen Sozialisten werde gesagt, der Kampf der Entente sei ein Kampf um die Demokratie und er dürfe nicht ruhen, solange nicht Deutschland Republik geworden sei, und im Sperrdruck wird dann aus der französischen Presse die Erklärung Tschaidses zitiert, das russische Proletariat könne erst nach Absehung der Hohenzollern mit Deutschland gehen.

Ist die Auslassung richtig wiedergegeben, so enthält sie zwar eine starke Unfreundlichkeit an die Adresse der deutschen Dynastie, von einer Einmischung nach Art derer, wie sie seit dem August 1914 auf allen Seiten häufig versucht und ebenso häufig zurückgewiesen sind, kann schlechterdings nicht die Rede sein. Tschaidse will nicht durch „äußere Gewalt“ das deutsche Volk zu einer Aenderung seines Systems nötigen. Er formuliert als russischer Sozialist Voraussetzungen für ein Zusammengehen mit Deutschland, und das ist um so mehr sein gutes Recht, als für Deutschland keinerlei Zwang zu einem solchen Zusammengehen besteht.

Auch kommen für die Bewertung der Worte Tschaidses seine Motive in Betracht. Als Sozialist möchte er sicher allen Völkern, auch dem deutschen, zur Freiheit verhelfen, und er hält die Absehung der Hohenzollern für eine ihrer Vorbedingungen. In diesem Augenblick jedoch spricht aus ihm in erster Linie der Russe, der die eben erlängte Demokratie erhalten sehen möchte, und der die Hohenzollernmonarchie in Deutschland als Gefahr für das neue Rußland beargwöhnt. Er teilt die in Petersburg herrschende Auffassung, nach der die früheren guten Beziehungen zwischen den Hohenzollern und den Romanows die Reaktion in seinem Lande gefestigt hätten, und ist der Meinung, nur die Beseitigung des deutschen Herrscherhauses könne die Märzerrungenschaften in Rußland sicher stellen. Gegen diese Auffassung hat bekanntlich inzwischen Herr v. Bethmann-Hollweg protestiert. Aber auch wenn Tschaidse trotzdem an ihr festhält, ist das keine unerlaubte Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates, und wir brauchen uns nur vorzustellen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege entrüstet haben würde, wenn ihr die Forderung der Beseitigung der Romanows als Vorbedingung eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Rußland von russischen Sozialisten als eine Kränkung der Souveränitätsrechte des russischen Volkes verdacht worden wäre. Oder haben etwa nicht bei mehr als einer Gelegenheit sehr maßgebende Parteigenossen ihr ablehnendes Verhalten gegen die „turmhöhe Freundschaft“ zwischen der deutschen und der russischen Regie-

rung mit dem Hinweis auf den Charakter der russischen Regierungsform begründet und dabei Wendungen über die russische Dynastie gebraucht, gegen die die Worte Tschaidses wirklich äußerst harmlos klingen? Die Empfindlichkeit, die jetzt an den Tag gelegt wird, mutet demnach, gelinde gesagt, recht eigentümlich an, und jedenfalls ist der Anlaß für das Bekenntnis zur Monarchie an den Haaren herbeigezogen.

Bei der eigentlichen Begründung des Stellungswechsels aber streift diese Gewalttätigkeit des Verfahrens geradezu ans Groteske. Der „Vorwärts“ sucht nämlich die Notwendigkeit des Festhaltens an der Monarchie mathematisch zu beweisen. Wir sind die spielerische Manier, mit der er die wichtigsten Probleme behandelt, ja schon gewohnt. Wir kennen die journalistische Effekthascherei, die in dem Organ des neuorientierten Parteivorstandes ihr Wesen treibt. Aber diese Leistung gehört doch zu den staunenerregendsten.

Man bezieht sich auf die Reichstagswahlen von 1912. Von 12 188 000 abgegebenen Stimmen seien 4 238 000 sozialdemokratisch gewesen, und auch deren Träger könnten keineswegs alle als überzeugte Republikaner angesprochen werden. Woraus sich ergebe, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit an der Monarchie hänge, und daß demzufolge die Sozialdemokratie nur eine Möglichkeit habe: „ihre Grundätze zu vertreten und der Mehrheit ihr Recht werden zu lassen“.

Nun merken wir leider von der Vertretung der Grundätze wenig und davon, daß man „der Mehrheit ihr Recht lassen will“ — nebenbei eine glänzende Verlegenheitsphrase — um so mehr. Aber welche Ausichten eröffnet nicht diese ausgezeichnete Deduktion? Da von den 4 238 000 sozialdemokratischen Wählern des Jahres 1912 sicher ein großer Teil ebensowenig überzeugte Sozialisten wie Republikaner waren, ist die große Mehrheit des deutschen Volkes zweifellos dem Sozialismus abgeneigt. Daraus folgt für die offizielle Sozialdemokratie, daß sie der anti-sozialistischen Mehrheit „ihre Rechte werden“ lassen und sich auf ein platonisches Bekenntnis zu ihren sozialistischen Grundätzen beschränkt. Die mechanische Auffassung von der Demokratie, die sich der Parteivorstand für die Regelung der inneren Parteiangelegenheiten zu eigen oder vielmehr zurecht gemacht hat, wird hier auf den Staat übertragen: die Minderheit fügt sich und vertritt und verteidigt nach außen hin den Standpunkt der Mehrheit oder jener Gruppe, die sich für die Mehrheit hält. Ein famoseres Prinzip, das füglich bei allen Dingen angewendet werden kann. Es mag sich um die Zollpolitik, um die Steuerpolitik, um Militärforderungen oder Arbeiterschutz handeln — die Sozialdemokratie läßt als gut demokratische Partei der Mehrheit ihr Recht werden.

Aber für welchen Punkt ihres Programms kann sich unter solchen Umständen die Sozialdemokratie überhaupt noch praktisch einsetzen? Mit anderen Worten: für welche ihrer Forderungen ist sie heute schon des Beifalls der Mehrheit des deutschen Volkes sicher? Der „Vorwärts“ gibt die Antwort: „Das deutsche Volk . . . ist zweifellos in seiner Mehrheit demokratisch gesinnt. Es will das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, es will Selbstverwaltung und parlamentarisches System.“

Wir sind versucht zu fragen: Woher weißt du? Geht das auch aus den Wahlziffern von 1912 hervor? Der „Vorwärts“ führt sie in diesem Falle nicht an. Um zu beweisen, daß die Republik keine Aussicht habe, wurde die Statistik herangezogen. Daß die Mehrheit des Volkes die Demokratie will, wird intuitiv erkannt.

Nicht nur die Sozialdemokraten, auch die Liberalen aller Schattierungen, die Zentrumsleute, die Freikonservativen sind Demokraten. Sie fordern das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern. Sie begeistern sich für das parlamentarische System und nur eine „dünne Schicht“ ist Gegnerin dieser Reformen.

Wer wagt es, daran zu zweifeln? Offenbar nur, um seine wahren Absichten zu verbergen, hat das Zentrum die preußische Wahlreformvorlage von 1910 zu Fall bringen helfen. Nur aus Verstellung befürworteten die Nationalliberalen ein Pluralwahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus und lassen sie jetzt durch den Mund des Abg. Stresemann, der das parlamen-

tarische System im Reichstag gepriesen hat, versichern, daß es sich hier keineswegs um eine Parteifrage handle. Sie alle ohne Ausnahme wollen die Macht im Staate von dem Königtum und einer auf die Monarchie eingeschworenen Bürokratie auf ein aus demokratischen Wahlen hervorgegangenes Parlament übertragen, wollen Minister zur Abdankung zwingen, die nicht mehr über eine Volksvertretungsmehrheit verfügen, wollen die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände dieser Volksvertretung legen, kurzum, wollen das System, nach dem wir regiert werden, von Grund auf ändern. — Denn es besteht doch hoffentlich zwischen uns altfränkischen Sozialisten und den neuorientierten keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß das so ungefähr die wesentlichsten Kennzeichen der parlamentarischen Demokratie sind.

Aber das eben ist das Verhängnis der offiziellen Sozialdemokratie. Sie muß das Absurde glauben, und wenn sie es nicht glauben kann, muß sie so tun, als glaubte sie. Sie ist auf einer Entwicklungsstufe angelangt, wo sie nicht mehr an die Logik appellieren darf. Es bleibt ihr gar nichts anderes übrig, als, will sie nicht selbst alsbald eine Fiktion werden, so lange es irgend geht, die Fiktionen aufrecht zu erhalten. So vor allem die, daß die Masse des Bürgertums demokratisches Empfinden und demokratischen Willen besitzt, daß Bethmann dieses Empfinden und dieses Wollen im innersten Herzen teilt, und daß das Streben des Proletariats im Grunde nie weiter gegangen ist als dahin, die Monarchie einem Entgegenkommen an diese Wünsche geneigt zu machen. Wenn die Sozialdemokratie republikanisch war, so nur deshalb, weil die Monarchie nicht das gleiche Wahlrecht gewähren und sich nicht mit dem Parlamentarismus abfinden wollte. Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist „aller republikanischer Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen“. Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern, wo es heißen wird, daß auch aller sozialistischen Agitation der Boden entzogen ist, wenn die kapitalistische Gesellschaft einigen sozialen Reformen zustimmt.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die Sozialdemokratie die Fortsetzung einer Agitation davon abhängig machte, ob infolge gewisser Zugeständnisse bei der augenblicklichen Mehrheit des Volkes die Stimmung für eine Fortsetzung der Arbeit günstig war oder nicht. Sie sog ihre Kraft aus der Aufstellung und Verkündung von Idealen, die jenseits der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft lagen. Ihr Ziel war, was die Staatsform angeht, nicht eine Monarchie nach englischem oder auch dänischem Muster, denn sie hatte weitergehende Interessen als die Bourgeoisie eines kapitalistisch fortgeschrittenen Staatswesens. Der sozialistische Staat konnte nur in der Form der Republik geboren werden; und überdies, sie vertagte die Forderung der Republik auch nicht bis zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Staatsform erschien ihr vielmehr auch schon für die Gegenwart erstrebenswert. Zum Teil aus Gründen, die mit denen der russischen Genossen verwandt sind, zum Teil, weil sie klarere Verhältnisse für den Klassenkampf schafft.

In seinem achtzehnten Brumaire, der gerade in den Tagen der russischen Revolution wieder besonders lesenswert geworden ist, sagt Karl Marx, daß die koalitierten Royalisten von 1848 gegen die Republik nicht nur aus royalistischer Erinnerung mit Widerwillen erfüllt waren. „Es lehrte sie der Instinkt, daß die Republik zwar ihre politische Herrschaft vollendete, aber zugleich deren gesellschaftliche Grundlage unterwühlte, indem sie nun ohne Vermittlung, ohne den Versteck der Krone, ohne das nationale Interesse durch ihre untergeordneten Kämpfe untereinander und mit dem Königtum ableiten zu können, den unterjochten Klassen gegenüberstehen und mit ihnen ringen müssen.“

Was den Legitimisten und Orleansisten nach der Märzrevolution die Republik verhaßt machte, ließ sie den vorkriegssozialistischen Sympathisanten erscheinen. Nun aber erweckt die Durchdringung mit burgfriedlichen Ideen den Wunsch, die scharfen Umrisse der einander widerstrebenden Klasseninteressen nach Möglichkeit zu verwischen, und die Erhaltung der Monarchie, der man gern den Stempel des sozialen Königtums geben möchte, soll diesem Zwecke dienen. Daß die offizielle Sozialdemokratie derartige Verschleierungskünste betreibt, ist bedauerlich, aber in anderer Weise trägt sie erfreulicherweise doch gerade durch diese Politik dazu bei, Klarheit zu schaffen.

Die Gothaer Konferenz.

Von K. Kautsky.

Es war historischer Boden, auf dem sich die Konferenz der sozialdemokratischen Opposition bewegte, die vom 6. bis zum 8. April in Gotha getagt hat. In der Parteigeschichte lebt Gotha fort als der Ort des Kongresses, den am 14. und 15. Februar 1875 die beiden bis dahin einander feindlichen Parteien der Lassalleaner und der Eisenacher abhielten, um sich zu gemeinsamem Wirken zusammenzutun. Es liegt nahe, dem damaligen Kongreß der Einigung den jetzigen als einen Kongreß der Spaltung gegenüberzustellen.

Das war er jedoch in keiner Weise. Was man als die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, das vollzog sich nicht in Gotha, das wurde vorher vollbracht, und zwar nicht von der Opposition. Ihr weitaus größter Teil hatte vielmehr stets energisch seinen Willen bekundet, in der Partei zu bleiben, in ihrem Rahmen den oppositionellen Kampf gegen die im Parteivorstand kulminierende Richtung zu führen. Es war diese Richtung, die, dank den Machtmitteln, über die sie unter dem Belagerungszustand verfügte, mit der Opposition dadurch fertig zu werden suchte, daß sie sie aus der Partei ausschloß. Will man das eine Spaltung nennen, dann wurde sie von der Mehrheit vollzogen. Freilich erscheint ihr selbst diese Schuld als eine zu schwere. Sie sucht sie auf die Minderheit abzuwälzen, weiß aber zu diesem Behufe nichts Besseres vorzubringen als die lächerliche Fiktion, die gewaltsam und widerrechtlich Ausgeschlossenen und ihrer Parteirechte beraubten hätten sich freiwillig außerhalb der Partei gestellt.

Auf Grund dieser hohlen Fiktion wurden in den letzten Monaten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen aus der Partei ausgeschlossen und des Parteizusammenhangs beraubt. Blieben alle diese über ganz Deutschland zerstreuten Elemente zusammenhanglos, dann hätte freilich die Mehrheit leichtes Spiel. Dann war die Opposition erledigt.

Wollte sie sich behaupten und die oppositionell gesinnten Massen nicht an der Sozialdemokratie verzweifeln lassen, dann mußte sie sich einen neuen Zusammenhang geben. Das und nicht die Spaltung war die Aufgabe der Gothaer Osterkonferenz. Auch sie war ein Kongreß der Einigung. Sie diente dem Zusammenschluß der sozialdemokratischen Opposition.

Sie galt nicht der Schaffung eines neuen Programms, auch nicht der Entwicklung neuer taktischer Grundsätze, sondern nur der Schaffung eines organisatorischen Zusammenschlusses der verschiedenen vereinzelt Elemente der Opposition. Die Lösung dieser Aufgabe ist vollkommen gelungen. Nur wenige oppositionelle Gruppen lehnten den Zusammenschluß ab. Wohl mit Recht.

Jeder Beitritt zu einer Parteiorganisation bedingt ein Opfer. Der Ausgangspunkt alles politischen Handelns ist die persönliche Ueberzeugung, ist aber auch die Erkenntnis, daß in gesellschaftlichen und staatlichen Vorgängen der Wille des einzelnen, und wäre er noch so kraftvoll und gut begründet, völlig nichtig bleibt, daß nur durch das Zusammenwirken mit vielen Gleichgesinnten das soziale und politische Leben beeinflusst werden kann. Für keine Klasse gilt das mehr als für das Proletariat, dessen entscheidende Waffe im sozialen und politischen Kampf seine Massenhaftigkeit ist.

Wer seiner persönlichen Ueberzeugung Kraft verleihen will, muß sich daher einer Organisation Gleichgesinnter einordnen. Die Uebereinstimmung der Gesinnungen ist aber nie eine vollständige, jeder, der einer Organisation beiträgt, muß damit rechnen, daß er seine Ueberzeugung nicht völlig in ihr zur Geltung bringt. Jeder, der in einer Partei wirkt, wird zeitweise vor Beschlüsse gestellt, die er nicht billigt, die er für falsch hält. Für jeden Parteimann erhebt einmal die Frage, ob der Gewinn an Kraft, den ihm die Partei bringt, nicht zu teuer erkauft wird durch die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist ein unschätzbare Gut. Aber auch da wird Vernunft zu Unsinn, Wohltat zur Plage, wenn diese Einheit Zwecken dienlich gemacht werden soll, die man verabscheut.

Die Einheit darf kein Fetisch werden, dem man alles andere opfert. Wenn daher einzelne opponierende Gruppen der Ansicht sind, daß ihre Anschauungen von denen der Mehrheit der Opposition zu sehr abweichen, als daß sie erspriechlich

mit ihr zusammenarbeiten könnten, taten sie wohl daran, ihr fern zu bleiben.

Es erfordert stets einen großen Kraftaufwand, sich wegen Verschiedenheiten der Ueberzeugungen von einer Organisation loszulösen, in der man bereits erspriechlich gewirkt hat, mit der man verwachsen ist. Diese Kraftverschwendung erspart man sich, wenn man bei großen Verschiedenheiten der Anschauungen von vornherein von organisatorischem Anschluß absteht.

Andererseits ist es aber vom Uebel, wenn zusammengehörige Elemente bloß durch Mißverständnisse oder Mißtrauen voneinander ferngehalten werden. Soweit in der Opposition trennende Momente dieser Art bestanden, hat die Gothaer Konferenz sehr wirksam zu ihrer Beseitigung beigetragen.

Der Zusammenschluß der Opposition wurde erleichtert durch den demokratischen Charakter, der ihrer Organisation verliehen wurde, was namentlich in den Bestimmungen über die Zentralleitung zutage trat. Mancher wäre über das schließlich Beschlossene gern noch hinausgegangen. Namentlich den Einfluß der Parteigestellten in der Zentralleitung wollten einige Redner völlig ausgeschaltet wissen.

Das ist sehr begreiflich angesichts so vieler Erscheinungen der letzten Zeit in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Aber hier kommen wir an ein Problem, das jeder Demokratie im Klassenstaat zu schaffen gibt.

Will man die Leitung des Parteiorganismus bloß ehrenamtlich versehen lassen, dann wird sie dort, wo sie nicht mehr als Feierabendarbeit geleistet werden kann, zum Monopol derjenigen Genossen, die über die Mittel und die Zeit verfügen, sich ganz der Partei widmen zu können. Will man diese Ämter in der Partei jedem ohne Unterschied seiner Vermögenslage zugänglich machen, dann muß man sie in besoldete verwandeln.

Ausschließung der Angestellten von der Parteileitung bedeutet dem Anschein nach bloß eine Beschränkung der Bürokratie in der Partei, bedeutet aber in Wirklichkeit noch weit mehr eine Beschränkung der Partei selbst in der Auswahl der Kräfte für ihre leitenden Positionen, bedeutet die Zurückdrängung des dem Proletariat entstammenden Elements aus ihnen.

Will man diese Elemente nicht systematisch von jenen Parteistellungen ausschließen, die den ganzen Menschen erfordern, und trotzdem keine Herrschaft der Bürokratie in der Partei aufkommen lassen, so muß dies nicht bloß durch veränderte Reglements, sondern vielmehr durch eine veränderte Praxis angestrebt werden.

Vor allem muß man sich die Persönlichkeiten, die man wählt, genau ansehen. Nur erprobte Persönlichkeiten soll man wählen. Es wäre sinnlos, behaupten zu wollen, daß jeder, der eine Parteianstellung bekommt, damit sofort jenen Charakter der „gehobenen Existenzen“ annimmt, gegen die einmal Bebel loszog, und deshalb von der Parteileitung auszuschließen sei. Da könnte man ja mit viel mehr Recht alle Kapitalisten von der Parteileitung ausschließen. Denn der Durchschnittskapitalist taugt sicher noch weit weniger zum Leiter der Sozialdemokratie als der Durchschnittsbeamte. Trotzdem hat an Bebel und Singer niemand Anstoß genommen.

Also Vorsicht bei der Wahl!

Dann aber dürfen die Parteigenossen nicht die ganze Parteiarbeit den Angestellten überlassen. Je reger die Beteiligung der Massen an der Tätigkeit der Partei, desto weniger entscheidend der Einfluß ihrer Angestellten.

Die Regsamkeit und das kritische Vermögen der Parteigenossen sind freilich nicht nach Belieben herbeizuführen, sie hängen von den historischen Verhältnissen ab. Sie sind nach der heutigen Situation jedenfalls bei der Opposition weit intensiver als bei der alten Mehrheit, denn wer nicht regsam und kritisch ist, der geht nicht zur Opposition.

Die demokratische Praxis ist die Hauptsache, will man kein Bürokratenregiment aufkommen lassen. Daneben läßt sich allerdings auch manches statutarisch erreichen durch Beschränkung der Machtmittel der Parteileitung. Das und nicht die Beschränkung der Zahl der Angestellten in ihr ist das Entscheidende: nicht die Zahl der Besoldungen, die die Parteileitung selbst bezieht, sondern die der Besoldungen, die sie an andere bezieht.

Der alte Parteivorstand hat nicht nur das Zentralorgan, das den Berliner Parteigenossen

